



PRESSEMITTEILUNG

NR. 419 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus Berlin

Datum: 16. November 2009

Rot-Rote Verschwendung stoppen – Für eine nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik

Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher, und **Oliver Schruoffeneger**, haushaltspolitischer Sprecher, erklären zur Haushaltsberatung 2010/2011:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus zum Haushaltsentwurf des Senats wird über 100 Titel umfassen. Dabei arbeiten wir bei den Personal- und Verwaltungskosten bereits mit Pauschalen. Die Änderungsanträge der anderen Fraktionen werden mindestens so umfangreich ausfallen. Das sagt schon alles über die Qualität der Haushaltsaufstellung durch den Senat.

Der Hauptausschuss wird in der Schlussrunde eine wahre Titelflut zu bewältigen haben und hat sich deshalb auf eine zusätzliche Sitzung am 27. November verständigt. Anders ist der Änderungsbedarf nicht zu bewältigen.

Insgesamt wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ausgaben 2010 und 2011 um jeweils 200 Millionen Euro im Vergleich zum Senatsentwurf absenken. Entsprechend sinkt die Neuverschuldung. Die Einsparung bei den Ausgaben wird den Anstieg der Zinszahlungen in Folge neuer Schulden kompensieren und dadurch für mehr Generationengerechtigkeit sorgen.

Unser Änderungsantrag wird (voraussichtlich) folgende Struktur aufweisen.

Vorschlag Grüne in Mio. Euro	2010	2011
Minderausgaben	220	300
Mehrausgaben	20	100
Einsparung	190	200
Mehreinnahmen	10	10
Absenkung Neuverschuldung	200	210

Die Luft ablassen

Der Vorschlag des Senats zur Kita-Finanzierung (Nachschiebeliste) umfasst 54 Titel, die auch wir fast alle auf dem Zettel haben. Die komplikationslose Operation, "auf die Schnelle" 84 Millionen Euro aufzutreiben, zeigt, im Haushalt von Rot-Rot ist sehr viel Luft.

Auch jetzt ist das noch so. Der Geschäftsbedarf der Verwaltung steigt um 18 Prozent gegenüber der letzten Abrechnung 2008, obwohl sich die Inflationsrate für Bleistifte nahe Null bewegt. Wer den Etat für Veröffentlichungen um 46 Prozent in die Höhe schraubt und den für Veranstaltungen um 16 Prozent, hat möglicherweise bloß eine verbotene Wahlkampfhilfe im Kopf. In die gleiche Kategorie gehören die 10 Millionen Euro, die sich Klaus Wowereit für seine Berlin-Kampagne genehmigt hat. Dass die Kosten für Dienstreisen um 26 Prozent steigen sollen, ist nicht nur in einer Haushaltsnotlage abzulehnen. Und dass die schon seit Jahren überhöhten IT-Kosten um 22 Prozent von 131 auf 162 Millionen Euro steigen sollen, ist endgültig nicht mehr hinnehmbar.

Wir werden alle diese Titel konsequent auf die Steigerung von 3 Prozent herabsetzen, die die Inflationsprognose des Sachverständigenrats hergibt (2009: 0,3%; 2010: 1,2%; 2011:1,5%).

Ein letztes Beispiel: Kann man der BSR durchgehen lassen, dass sie für die Straßenreinigung 10 Millionen Euro mehr verlangt (+ 13%), ohne eine Kostenrechnung im Sinne des Gebührenrechts nachzuweisen? Wohl kaum. Entweder lässt Senator Wolf der BSR hier eine verdeckte Subvention zukommen oder er legt sich selbst eine Schatztruhe an, die am Ende nicht benötigt wird.

Es ist bezeichnend, dass die Senatsverwaltungen rund 90 Millionen Euro sogenannter Haushaltsreste aus dem Vorjahr ohne Gegenfinanzierung verausgaben wollen. Die Senatorinnen und Senatoren wissen offenbar genau, dass sie das nötige Geld aus anderen Titeln abzweigen können.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat bei der Haushaltsaufstellung schlicht versagt. Das Parlament muss das nun nachholen. Dem Haushaltsentwurf die Luft abzulassen ist die Hauptaufgabe dieser Haushaltsberatung.

Wahlgewinne verhindern

Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, dass zu großzügig bewilligtes Geld nicht liegen bleibt und den Haushaltsabschluss verbessert. Vielmehr wird das Geld von Rot-Rot für neue Ausgabenprogramme zweckentfremdet. Im Haushaltsvollzug werden aus heißer Luft echte Schulden.

Der Weg dazu führt über außer- und überplanmäßige Ausgaben, zu denen die überausgestatteten Haushaltstitel herangezogen werden. Dabei entstehen neue strukturelle Belastungen. Die Verführung, diese Praxis fortzusetzen, wird gerade im Wahljahr übermächtig sein.

Deshalb beharrt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf, den Haushaltsanzug möglichst eng zu schneiden und auf jede überflüssige Ermächtigung zu konsumtiven Ausgaben zu verzichten.

Nach uns die Sintflut

Die Investitionsplanung des Senats ist ähnlich verschwenderisch ausgefallen. Die Senatorinnen und Senatoren lassen bauen, was sie immer schon mal bauen wollten. Der Chef persönlich geht mit Kunsthalle, Landesbibliothek und schlechtem Beispiel voran. Die seriöse Planung bleibt auf der Strecke.

Die 2010/2011 veranschlagten Investitionen gehen mit ausstehenden Baukosten von 1,5 Milliarden Euro einher, zu deren Zahlung die nächste Regierung verpflichtet wird.

Es handelt sich überwiegend um Erweiterungsinvestitionen. Allein die Bauten, die in den nächsten beiden Jahren fertig gestellt werden sollen, ziehen einen Zuwachs von 13 628 Quadratmetern Nutzfläche nach sich. Die damit verbundenen Folgekosten hat niemand berechnet und in der Finanzplanung berücksichtigt. Beispielsweise schraubt der Neubau der Strafanstalt Heidering die Zahl der Haftplätze auf 5700 hoch, obwohl nur 5300 benötigt werden. Dadurch entstehen dauerhaft 190 zusätzliche Stellen, die in der Personalplanung nicht vorgesehen sind.

Ob Charité, ICC, Tempelhof, Staatsoper, Deutsches Theater oder Schauspielschule Ernst Busch: Nichts ist zu Ende gedacht, geschweige zu Ende geplant und gerechnet. Die Folge derart fahrlässiger Bautätigkeit ist sattem bekannt. Es wird immer teurer.

Wie diese Baupolitik mit der Finanzplanung des Senats zu vereinbaren ist, nach der die Ausgaben ab 2012 nur um 0,3 Prozent steigen dürfen, ist nicht nachvollziehbar. Gehen SPD und Linkspartei davon aus, dass sie in der nächsten Berliner Regierung nicht mehr vertreten sein werden und andere den Scherbenhaufen zusammenkehren sollen?

Mit der Nachschiebeliste wurde wenigstens die 80 Millionen Euro schwere Investitionsmaßnahme Olympiapark vorläufig gestoppt. Der Fortgang der Haushaltsberatung wird zeigen, ob das als erster Schritt von Rot-Rot gewertet werden kann, zur Besinnung zu kommen.

Die richtigen Schwerpunkte setzen

1. Gute Bildung von Anfang an

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist in die zurückliegenden Wahlen mit der Aussage gegangen, dass die laufende Legislaturperiode im Zeichen von Bildungsinvestitionen und -reformen stehen muss. Die SPD hat das damals zum Anlass genommen, den Grünen eine verantwortungslose Haushaltspolitik vorzuwerfen.

Inzwischen liest es sich anders. Neue Lehrer wurden eingestellt, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Die überfällige Schulstrukturreform wurde beschlossen, um - wie unter Rot-Grün in Bremen und Schwarz-Grün in Hamburg - auch in Berlin die Hauptschulen abzuschaffen. Jetzt hat ein bevorstehender Volksentscheid den Senat gezwungen, die pädagogischen Verbesserungen in den Kitas einzuführen, die wir es seit Jahren angemahnt und gefordert hatten. Bloß die Hochschulverträge bleiben eine offene Baustelle. Mit Rot-Rot wird das nichts mehr. Darum wird sich die nächste Regierung kümmern müssen.

Wir sichern in unserem Änderungsantrag die Kita-Finanzierung von 84 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2010/2011. Dazu ziehen wir Senator Zöllners Schattenhaushalt namens Einstein-Stiftung stärker heran, als es dem Senat gelungen ist.

Zusätzlich wollen wir die sogenannten Brennpunktschulen mit 30 zusätzlichen Lehrerstellen ausstatten sowie die ausreichende Versorgung behinderter Kinder mit Schulhelfern sichern (Gesamtkosten 2,5 Mio. €).

2. Investitionen in den Klimaschutz

Ende 2010 läuft das Konjunkturprogramm II aus, mit dem Berlin dem Sanierungsstau von 2 Milliarden Euro zu Leibe gerückt ist. Was für viele Menschen hoffnungsvoll begonnen hat, wird nun von Rot-Rot einfach abgebrochen und den Phantastereien über Neubauten geopfert. Es scheint Rot-Rot nicht zu kümmern, dass auf diese Weise die Berliner Klimaschutzziele verfehlt werden und obendrein die Investitionstätigkeit des Landes keinerlei Beitrag zur Haushaltsanierung leistet sondern nur neue Kosten produziert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollen dagegen zwei Programmschienen des Konjunkturprogramms II aus Eigenmitteln fortsetzen, die 2010 letztmalig mit 57 Millionen Euro ausgestattet sind: Die energetische Gebäudesanierung und die Modernisierung des Fahrzeugparks.

Dazu schlagen wir vor, ab 2011 ein neues Haushaltskapitel "Ökologische Modernisierung" zu schaffen und mit 50 Millionen Euro pro Jahr auszustatten. Diesem Kapitel sollen auch die nicht verausgabten Investitionsmittel des Jahres 2010 zufließen.

Wirtschaftlich betrachtet kommt dieses ökologische Erneuerungsprogramm einem Abbau der Verschuldung gleich. Auch leistet es einen Beitrag zur Bekämpfung- der Klima- und Wirtschaftskrise. Insgesamt wird ein Auftragsvolumen generiert, das die klassische Investitionsförderung des Landes übersteigt.

Daneben wollen wir auch die Investitionen in den Gewässer- und Naturschutz um 6 Millionen Euro verstärken. Umweltschutz darf in Berlin nicht länger ein reines Lippenbekenntnis bleiben.

3. Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

25 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind in Berlin bei den Job-Centern gemeldet. Wir sind dabei, eine verlorene Generation zu produzieren, die weder vom Aufschwung vergangener Jahre noch von der demografischen Veränderung profitiert hat.

Was aber macht die für Arbeitsmarkt und Berufsbildung zuständige Sozialverwaltung, die von der Linkspartei geführt wird? Seit Jahren kürzt sie die Mittel der Berufsausbildung, um damit ihr Symbolprojekt Öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) zu finanzieren. Im vorliegenden Haushaltsentwurf werden erneut 13 Millionen Euro aus der Berufsausbildung in den ÖBS umgeschichtet.

Das will die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht länger hinnehmen. 8 Millionen Euro holen wir von der Arbeitsmarktpolitik für Erwachsene zurück und führen sie wieder der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Förderung von Ausbildungsplätzen zu.

4. Weitere Umschichtungen

Wir werden 2,4 Millionen Euro von der Oper zu den kleinen Theatern und freien Gruppen umverteilt, um die kreativen Wurzeln des Berliner Kulturbetriebs zu stärken.

500 000 Euro wollen wir für Haftvermeidung und Resozialisierungsmaßnahmen bereitstellen. 500 000 Euro stellen wir für die Einzelfallhilfe bereit und 300 000 Euro den Jugendverbänden zur Verfügung.

Und schließlich schlagen wir vor, den Bezirken aus der dafür vorgesehenen Vorsorge bereits jetzt 50 Millionen Euro für die Hilfen zur Erziehung zu überweisen. Diese Summe fehlt bereits nach dem heutigen Stand der Dinge.

Quelle:

http://www.gruene-fraktion-berlin.de/cms/presse/dok/314/314485.rotrote_verschwendung_stoppen_fuer_eine.htm

© Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus - Berlin 2009